

# Land hält Elbbrücke für zu teuer

Der Bürgermeister der Gemeinde Amt Neuhaus zeigt sich enttäuscht und fassungslos: „Das ist traurig für die Region“

VON DENNIS THOMAS

**Lüneburg/Hannover.** Mit Enttäuschung und Fassungslosigkeit hat Andreas Gehrke (CDU) den jüngsten Beschluss der rot-grünen Landesregierung zur geplanten Elbbrücke zwischen Darchau und Neu Darchau aufgenommen. Der Bürgermeister der Gemeinde Amt Neuhaus sagt: „Jahrelang wurde uns die Brücke versprochen. Offenbar waren das nur Lippenbekenntnisse. Das ist traurig für die Region.“

Das Thema beschäftigte am Freitag auch die Landespresskonferenz in Hannover. Und dort fand Regierungssprecherin Anke Pörksen deutliche Worte, die vor allem Brückengegner jubeln lassen dürften.

Was ist passiert? Am Donnerstag veröffentlichte Lüneburgs Landrat Jens Böther (CDU) einen Offenen Brief an Niedersachsens Ministerpräsidenten Stephan Weil (SPD). Darin kritisiert Böther einen Beschluss des Landeskabinetts scharf, die geplante Elbbrücke, die Amt Neuhaus mit dem Kreis Lüneburg verbinden soll, als Zielvorgabe aus dem Landesraum-



So könnte sie aussehen, wenn sie denn gebaut wird: Grafik der geplanten Elbbrücke zwischen Neu Darchau und Darchau. Grafik: privat

ordnungsprogramm zu streichen. Stattdessen soll ein Fährkonzept verfolgt werden.

Gehrke sagte der LZ: „Wir haben doch gerade in den letzten Wochen wieder gesehen, was passiert, wenn bei Niedrigwasser Sandbänke in der Elbe den Fährbetrieb verhindern.“ Besonders schade finde er es, dass sich weder Umweltminister Christian Meyer noch Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte (beide Grüne) bei jüngsten Besuchen zur Abkehr geäußert hätten.

Dem widerspricht der Amelinghausener Detlev Schulz-Hendel, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag: „Wenn man die Signale nicht hören will, dann bin ich überrascht, dass man überrascht ist.“ Die Favorisierung eines Fährkonzepts gegenüber der Elbbrücke sei Gegen-

stand des Koalitionsvertrags und die jetzige Entscheidung „nur eine logische Konsequenz“.

Schulz-Hendel weiter: „Mir liegen die Menschen in Amt Neuhaus auch am Herzen. Deswegen mache ich auch keine falschen Versprechungen.“ Aus seiner Sicht sei ein Konzept mit Niedrigwasserfähren die beste Lösung. Das entspricht auch der Haltung der Landesregierung, das wurde bei der Landespresskonferenz sehr deutlich.

## Landesregierung steht geeint hinter Fährkonzept

Zwar sei die geplante Änderung des Landesraumordnungsprogramms bislang nur ein Vorschlag, der jetzt ins Verfahren gehe, aber: „Die Richtung ist vorgegeben“, sagte Leonie Steger, Sprecherin des Landwirtschafts-

ministeriums, das für die Raumordnung zuständig ist. Steger weiter: „Die Landesregierung ist da geeint, dass das Fährkonzept aufgrund der enormen Kostenexplosion beim Brückenbau bevorzugt wird.“

Und Anke Pörksen, Sprecherin der Staatskanzlei von Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) sagte: „Wir sind uns einig, dass eine Brücke gut wäre für die Menschen vor Ort. Wir sind uns allerdings auch einig, dass eine Brücke im Moment nicht finanzierbar ist und dass sich das in absehbarer Zeit nicht ändern wird. Deshalb müssen wir die Menschen bitten, auf die Fähre auszuweichen und das auch als eine Lösung zu akzeptieren.“

Auf die Nachfrage eines Journalisten, ob das Land mit der Entscheidung nicht in die kom-

munale Selbstverwaltung des Landkreises Lüneburg unrechtmäßig eingreife, sagte Pörksen: „Wenn der Landkreis möchte, kann er ja die Brücke gerne alleine bauen.“ Das dürfte jedoch bei Planungs- und Baukosten jenseits der 100 Millionen Euro schwierig werden.

So ganz mochte aber Christian Budde, Sprecher des Verkehrsministeriums, die Tür noch nicht zuschlagen. Er sagte: „Wenn der Landkreis bereit ist, für seine Planungskosten seinen Anteil zu tragen – und die Planungskosten werden auch da weiter steigen – dann werden wir uns natürlich als Land weiter damit befassen.“ Es fehle laut Budde aber bisher das Signal, dass das Planfeststellungsverfahren für die Brücke unmittelbar bevorsteht. Doch genau das hatte

Böther in seinem Offenen Brief gerade angekündigt.

Und tatsächlich könnte der Landkreis, sobald Baureife für die Elbbrücke bestünde, beim Land Fördermittel aus dem Jahresbauprogramm nach dem Niedersächsischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (NGVFG) beantragen. Dabei betonte das Landwirtschaftsministerium auf eine spätere Nachfrage der LZ, dass es sich bei der NGVFG-Förderung um eine „freiwillige Leistung“ handele, die nicht willkürlich erfolgen dürfte und vor allem an den Faktor der Wirtschaftlichkeit gekoppelt sei.

## Landwirtschaftsministerin wünscht sich Klarheit

Schließlich äußerte sich auch die zuständige Landwirtschaftsministerin Staudte auf LZ-Nachfrage in einer schriftlichen Erklärung: „Ich wünsche mir, dass durch die Aufnahme der Fährlösung ins Landesraumordnungsprogramm endlich Klarheit und Perspektive für die Menschen vor Ort entsteht. Konflikte und Unsicherheiten um das seit langem umstrittene Brückenprojekt haben in der Vergangenheit dazu geführt, dass notwendige Investitionen in die Fährverbindung ausblieben.“ Mit dem „klaren Kurs der Landesregierung“ sollen die Planungen diesbezüglich nun vorangehen können. Und: „Alle rationalen Gründe sagen, dass Kosten und Vorteile eines Brückenneubaus leider in keinem Verhältnis stehen“, sagt Staudte.